



Dr. Bakary Sambe ist Koordinator des Observatoriums für radikale religiöse Bewegungen und Konflikte in Afrika sowie Lehrbeauftragter und Forscher an der Universität Gaston Berger in Saint Louis (Senegal).

MALI IN SICHERHEIT?

DIE WAHLEN SIND GELUNGEN, DOCH DIE PROBLEME BLEIBEN

Bakary Sambe

Der Überfall auf das Feldlager von Menaka durch die Nationale Bewegung zur Befreiung des Azawad (MNLA) am 17. Januar 2012 war der Beginn der Militärkrise in Mali und somit Auslöser eines Konflikts, in dessen Folge die separatistischen Tuareg im Norden des Landes die Kontrolle übernahmen. Die Krise verschärfte sich, als bewaffnete islamistische Gruppen, angeführt von Ansar Dine und verstärkt durch die Kämpfer von Al Qaida im Islamischen Maghreb (AQMI), die Anwendung der Scharia erzwingen und eine islamische Regierungsform im Norden des Landes einführen wollten, vor allem in Gao, Timbuktu und Kidal. Die Krise zog sich über mehrere Monate hin und führte schließlich zur Intervention durch die französische Armee, die im Rahmen der so genannten Operation Serval von afrikanischen Streitkräften unterstützt wurde. Zeitgleich bemühten sich die schwachen Machthaber in der Hauptstadt Bamako um die Wiederherstellung der Verwaltung, die durch wiederholte politische Krisen ebenso stark erschüttert war wie durch die Niederlage einer Armee, die den größeren Teil des Territoriums von Mali nicht zu kontrollieren vermochte.

Vor diesem Hintergrund wurde die internationale Mission für die Unterstützung Malis (MISMA) eingesetzt. Deren Auftrag war es, die Regierungsstrukturen zu stärken und die politische Entwicklung zu konsolidieren, um so die Durchführung demokratischer Wahlen zu ermöglichen sowie die erforderlichen Verhandlungen mit den Tuareg-Gruppen im Norden zu führen und so eine dauerhafte Stabilisierung des Landes zu erzielen. Trotz zahlloser logistischer und politischer Schwierigkeiten wurden in ganz Mali

Wahlen organisiert, auch in Kidal.¹ Grundlage hierfür war ein Abkommen, das die Übergangsregierung und die MNLA in Ouagadougou im Juni 2013 unterzeichnet hatten und das trotz seiner vagen und unspezifischen Bestimmungen die Durchführung von Wahlen ermöglichte, zu denen die internationale Gemeinschaft das Land dann auch einstimmig beglückwünscht hat.

Bedeutet jedoch die Wahlen die Rückkehr Malis zu verfassungsmäßiger Normalität und bleibende Stabilität? Hierzu lohnt ein Blick auf die soziopolitische Ausgangssituation in Mali und den komplexen Charakter des Abkommens von Ouagadougou, unter besonderer Berücksichtigung des ungeklärten Status' Kidals.

Ziel des neuen Präsidenten Ibrahim Boubacar Keïta ist eine effektive Stabilisierung des Landes und eine nationale Aussöhnung – und dies trotz laufender Machtkämpfe und bestehender Interessenskonflikte sowohl innerhalb der malischen Politik als auch der internationalen Gemeinschaft. Hierbei erklären sich die Herausforderungen, die den Präsidenten heute erwarten, auch durch die Umstände, unter denen sich die Wahlen vollzogen haben und unter denen Präsident Amadou Toumani Touré (ATT) seinerzeit gestürzt wurde.

DER STURZ VON ATT: ÜBERHÖRTE WARNRUF

Das zweite Mandat Präsident Amadou Toumani Tourés, der am 12. Mai 2002 gewählt und am 29. April 2007 wiedergewählt worden war, wäre laut Verfassung im Jahr 2012 beendet gewesen. In einer denkwürdigen Pressekonferenz am 12. Juni 2011 bestätigte ATT denn auch, dass er entsprechend der Verfassungsbestimmungen kein drittes Mal kandidieren würde. Somit schien Mali als ein demokratisches Musterland dazustehen und sein Präsident wurde in Diplomatenkreisen und der internationalen Presse als einer der wenigen Demokraten Afrikas bezeichnet. In der

1 | Die Hauptstadt der nördlichen Region wurde zwar offiziell von den Islamisten befreit, jedoch ist sie weiterhin quasi von Tuareg-Bewegungen besetzt. Deren Kämpfer zogen sich während der Wahl zurück, sind jedoch immer noch in der Stadt präsent. Die Tuareg-Gruppen bestehen auf einem Sonderstatus, der mit Hilfe einer neuen Dezentralisierungsgesetzgebung eingerichtet werden soll.

weltweiten Klassifizierung der die Menschenrechte achtenden Länder stieg Mali immer weiter auf, vor allem im Vergleich zu anderen Ländern Afrikas. Im Inneren jedoch wurden die Anzeichen für das kommende Desaster seitens der Regierung ignoriert. ATT regierte lange Zeit mit halbherzigen Maßnahmen, in Ermangelung eines politischen Apparats und vor allem des Bemühens um einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Nur selten traf er grundlegende Entscheidungen in wesentlichen sicherheitspolitischen Fragen.

Während Tourés Umfeld in Auflösung begriffen bzw. in Kämpfe verwickelt war, schien er vor allem darauf bedacht, auf die Empfindlichkeiten der Tuareg Rücksicht zu nehmen.

Die Sicherheit dieses Landes im Sahel, mit 1.241.238 Quadratkilometern der zweitgrößte westafrikanische Staat nach Niger, nahm der Präsident nicht sehr ernst. Während sein Umfeld in Auflösung begriffen bzw.

in Kämpfe verwickelt war, schien ATT vor allem darauf bedacht, auf die Empfindlichkeiten der Tuareg Rücksicht zu nehmen. Von einem tatsächlichen Frieden mit den Gruppen der Tuareg-Bevölkerung konnte ebensowenig die Rede sein wie von einem offenen Krieg – im Bemühen um eine nationale Einheit und eine territoriale Integrität. Derlei Ziele wurden zwar formuliert, jedoch nie verwirklicht.

Das Aufkommen von Krisen zwischen dem Zentralstaat Mali und den Tuareg hat Tradition und repetitiven Charakter. Während der Krise von 1990 bis 1995 ebenso wie in jener, die 2006 begann und dann wieder abflaute, um 2008 erneut aufzuflackern, verhandelten Drittländer wie Algerien und Libyen mit mehr oder weniger Erfolg über die Einstellung der Kämpfe. Schon damals wurde deutlich, dass Mali zu schwach war, um eine wirksame Rolle in einer Krisensituation zu spielen, von der es vorrangig, auch auf dem eigenen Territorium, betroffen war. Nachhaltige Lösungen wurden nicht gefunden, künftige neue Konflikte waren vorprogrammiert.

Am 17. Januar 2012 kam es somit nunmehr zu dem erwähnten Angriff der Tuareg-Rebellen der MNLA auf die malische Armee in Menaka und dem Beginn eines neuen Aufstands. Der guten Bewaffnung und logistischen Stärke der MNLA, die für die Unabhängigkeit der drei malischen Nordregionen Kidal, Gao und Timbuktu kämpfte, konnte die malische Armee nichts Adäquates entgegensetzen und

erlebte zahlreiche Rückschläge. Ins kollektive Gedächtnis der Malier haben sich vor allem die traumatischen Ereignisse von Aguelhok eingeprägt, wo mehrere Dutzend junge malische Soldaten ohne Munition und Ausrüstung von den Rebellen des Nordens auf grausame Weise getötet wurden. Vorfälle wie diese verdeutlichten den fortgeschrittenen Zerfall der Streitkräfte Malis und die prekäre Sicherheitslage.

Am 24. Januar hatte die MNLA, unterstützt von Tuareg-Kämpfern aus Libyen, auf Befehl von Oberst Ag Najem die Stadt Aguelhok angegriffen. Binnen zwei Monaten flüchteten

Binnen zwei Monaten flüchteten mehr als 200.000 Bewohner Malis vor den Kämpfen und suchten mehrheitlich in Nachbarländern Zuflucht.

mehr als 200.000 Bewohner Malis vor den Kämpfen und suchten mehrheitlich in Nachbarländern Zuflucht. Ende Januar und Anfang Februar demonstrierten die Ehefrauen der Soldaten in Bamako, Kati und Segou gegen das Krisenmanagement der Behörden. In der Nacht vom 10. auf den 11. März nahm die MNLA das aufgrund seiner Landebahn strategisch bedeutsame Militärlager von Tessalit ein. Diesem Beispiel folgend kämpften andere bewaffnete Gruppen, die sich als Islamkrieger bezeichneten, auf der Seite der MNLA: Ansar Dine, Al-Qaida im islamischen Maghreb (AQMI) und die Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika (Mujao). Sie behaupteten, die Orte Aguelhok und Tessalit zu kontrollieren, und erklärten ihre Absicht, in Mali die Scharia durchzusetzen.

Tage später, am 21. März 2012, brach in Bamako und Gao eine Soldatenmeuterei aus. Man protestierte gegen die Kriegsführung der Regierung und die eigene mangelnde Ausrüstung. Am gleichen Tag besetzten die Aufständischen den Präsidentenpalast und den Sitz der nationalen Rundfunk- und Fernsehanstalt ORTM. Präsident ATT wurde gestürzt. Zeitgleich wurden die Verfassung aus- und ein nationales Komitee für die Wiedereinführung der Demokratie und die Wiederherstellung des Staates (CNRDRE) eingesetzt, mit Oberst Amadou Haya Sanogo an der Spitze. Unter dem Druck der westafrikanischen Staatengemeinschaft ECOWAS und der internationalen Gemeinschaft erklärte sich der Putschistenpräsident mit der Einrichtung einer Übergangsperiode einverstanden.

DIE ÜBERGANGSPERIODE IN MALI

Auf Druck sowohl nationaler Kräfte als auch der internationalen Gemeinschaft und unter Vermittlung der ECOWAS hatte sich das CNRDRE am 1. April im Rahmen einer feierlichen Erklärung verpflichtet, die verfassungsmäßige Ordnung wiederherzustellen. Das Rahmenabkommen vom 6. April 2012 sah unter anderem die Einrichtung von Übergangsorganen vor und wies dem Interimspräsident der Republik und der Regierung der nationalen Einheit entsprechende Aufgaben zu.

Konkret waren dies neben der Wiederherstellung der territorialen Integrität durch die Rückgewinnung des Nordens auch die Organisation von allgemeinen, transparenten und glaubwürdigen Wahlen. Ferner vorgesehen waren die gute Funktionsweise der Institutionen auf dem gesamten Territorium, die Schaffung eines Klimas des Friedens und der Sicherheit in der von der Regierung kontrollierten Zone und die Sicherung der Übergangsinstitutionen, die Wiederherstellung des Rechtsstaats durch Maßnahmen gegen Erpressung und gesetzeswidrige Festnahmen sowie die sorgfältige und schnelle Verfolgung aller Gesetzesverletzungen durch die Justizbehörden; der Kampf gegen Korruption, Günstlingswirtschaft, Exklusion und Straffreiheit; die Vorbereitung der Nachkriegszeit und der Rückkehr der Vertriebenen und Flüchtlinge sowie schließlich die Wiederherstellung des sozialen Zusammenhalts und des friedlichen Zusammenlebens der Gemeinschaften.

Am 6. April rief die MNLA auf ihrer Website „unwiderruflich und ab sofort den unabhängigen Staat von Azawad aus“. In der Folge kam es zu Differenzen zwischen der MNLA und der mit AQMI und Mujao alliierten Ansar Dine, woraufhin die Dschihadisten die Führung an sich zogen und fortan den Norden Malis kontrollierten. Als sie im Januar 2013 versuchten, durch die Eroberung der Stadt Konna in den Süden des Landes vorzudringen, griff Frankreich auf Bitten Traorés militärisch ein. Mit der Unterstützung mehrerer afrikanischer Länder, in erster Linie des Tschads, gelang es Frankreich und Mali, die Dschihadisten zu stoppen und den Norden Malis zurückzuerobern, mit Ausnahme der Stadt Kidal, die weiterhin in MNLA-Hand blieb.



Präsident Hollande beim Truppenbesuch in Bamako im Februar 2013: Nach der Intervention bestand Frankreich auf baldige Wahlen. | Quelle: © Emilie Regnier, picture alliance / dpa.

Am 12. April wurde Dioncounda Traoré, der Präsident der Nationalversammlung, für die Dauer eines Jahres zum Interimspräsidenten gewählt. Traoré ernannte Cheick Modibo Diarra zum Premierminister und beauftragte ihn, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden. Die Krise dauerte jedoch an, die Putschisten schalteten sich weiterhin in das politische Leben ein. Nach der Ernennung einer zweiten Regierung wurde Cheick Modibo Diarra am 11. Dezember 2012 von den Putschisten zur Amtsniederlegung gezwungen und Diango Cissoko wurde zum Premierminister ernannt.

In Folge der Initiative Frankreichs verpflichtete sich die internationale Gemeinschaft, einen beachtlichen finanziellen Beitrag zum Wiederaufbau Malis, seiner Armee und Verwaltung sowie der im Norden des Landes zerstörten öffentlichen Grundversorgung zu leisten. Im Gegenzug wurde die malische Übergangsregierung aufgefordert, zur Beendigung der Übergangsperiode spätestens im Juli 2013 eine Präsidentenwahl durchzuführen. Trotz zahlreicher Probleme – etwa des Risikos, das mit einer möglichen Wahl verbunden schien – und unter dem Druck Frankreichs und der internationalen Gemeinschaft akzeptierte die Regierung die Forderung.

DIE WAHLEN: EIN LANGER HINDERNISLAUF

Paris wollte sich militärisch zurückziehen, um das Schreckensbild eines zu langen Krieges und dessen Wirkung auf die öffentliche Meinung in Frankreich zu vermeiden.

Frankreich bestand nicht zuletzt deshalb auf einem Wahlgang noch vor Juli 2013, da es sich militärisch zurückziehen wollte, um das Schreckensbild eines zu langen Krieges und dessen Wirkung auf die öffentliche Meinung in Frankreich zu vermeiden. Doch auch die Interimsregierung Malis, die ECOWAS und die internationale Gemeinschaft setzten auf baldige Wahlen. Das Land sollte möglichst bald eine rechtmäßig gewählte Führung bekommen, die international und gegenüber den Tuareg als Gesprächspartner fungieren könnte.

Kidal als Angelpunkt des Friedensprozesses in Mali

Entscheidend für die Verhandlungen mit der MNLA und den Friedensprozess war und blieb der „Fall Kidal“. Der Status der Region wurde durch das Abkommen von Ouagadougou nicht geklärt, dessen Hauptziel es war, das Einverständnis der Parteien zu Präsidentschaftswahlen für Juli 2013 zu erzielen. So wurden die Verhandlungen zwischen den Behörden Malis und der MNLA unter der Vermittlung des Präsidenten von Burkina Faso, Blaise Compaoré, wieder aufgenommen. Ziel war die Kasernierung und anschließende Entwaffnung der Rebellengruppen, die Rückkehr der Armee und der Verwaltung Malis sowie die Durchführung der genannten Wahlen auf dem gesamten malischen Staatsgebiet, einschließlich Kidal.

Die Verhandlungen begannen mit drei Tagen Verspätung, und sehr bald führten die Sicherheitsfragen zu Kontroversen. Der wichtigste Vertreter der malischen Führung, der frühere Minister Tiébilé Dramé, wandte sich am 13. Juni 2013 mit der Bemerkung an die Presse: „Wir sind für den Frieden, aber einen Frieden, der die Interessen Malis verteidigt.“ Während die Regierung sich unmittelbar nach der Ankunft ihrer Truppen in Kidal für eine Entwaffnung der MNLA einsetzte, forderten die Tuareg-Rebellen die Aussetzung der gerichtlichen Verfolgungen einiger ihrer Mitglieder. Angesichts der langwierigen Verhandlungen erkannte auch der Präsident Malis, dass der Entwaffnungsprozess Geduld und Ausdauer erfordern würde. Nach zähen, teils von Missverständnissen geprägten Verhandlungen vermochten

schließlich der ivorische Präsident Alassane Ouattara sowie der französische Präsident François Hollande, Bamako zur Annahme des Abkommens von Ouagadougou zu bewegen.

Der Regierung Bamakos gelang es, wesentliche für den Staatserhalt Malis erforderliche Prinzipien einzubeziehen – die Demokratie (als Abkehr von jedweder religiösen Regierungsform), aber auch und vor allem die Unantastbarkeit der Grenzen, so wie in Kapitel I des Abkommens festgelegt. Das Abkommen von Ouagadougou sah eine Umsetzung in mehreren Schritten vor: die Organisation der Wahlen, insbesondere in Kidal, die Durchsetzung eines Waffenstillstands, die Rückkehr der Rebellen des Nordens in ihre Quartiere sowie gleichzeitig die Entsendung malischer Sicherheitskräfte und Verwaltungsbeamter zur Durchführung der Wahlen. Während der Verhandlungen selbst war Traoré bemüht, die Kernfragen zur Sicherheit und zu den Hoheitsrechten Malis in den Vordergrund zu stellen. Er wollte das Monopol der Armee, der Sicherheit und der Souveränität ausschließlich Bamako zusichern. Die Umstände sprachen jedoch gegen eine Erfüllung dieser Forderung, zumal Frankreichs Position hier eine gänzlich andere war. In Paris war man überzeugt, man könne die Tuareg-Frage nicht gewaltsam lösen, und wollte den Tuareg eine gewisse, auch militärische Autorität in Kidal zugestehen. So verzögerten sich die Verhandlungen mit den Tuareg-Gruppen, die Kidal besetzten, immer wieder. Erst das Ouagadougou-Abkommen brachte eine zeitlich begrenzte Lösung.

Manche Beobachter sind der Ansicht, Frankreich sei gegenüber den Tuareg nicht entschlossen genug vorgegangen, um die Regierung Malis in ihrem Wunsch, die Integrität des Staates effektiv zu gestalten, zu unterstützen. Somit hat Bamako zwei seiner Forderungen nicht durchsetzen können: Einerseits die sofortige Entwaffnung der Tuareg-Kämpfer in Kidal und andererseits die Streichung des Terminus „Azawad“ aus dem Abkommen von Ouagadougou. Die Regierung hatte sich lange vergeblich gegen den Begriff gewehrt, mit dem die Tuareg die Region Nordmalis bezeichnen. Insofern kann die Regierung aus ihrer Sicht allenfalls einen Etappensieg verbuchen.

Der Wahlverlauf: Von der Ungewissheit zum überraschenden Ausgang

Die Resolution 2085 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen stellt eine entscheidende Wendung für die Wiederherstellung der Institutionen Malis dar. Der Sicherheitsrat rief die malische Führung auf, einen Zeitplan für den demokratischen Übergang und die Durchführung freier und transparenter Wahlen aufzustellen, um dem Land seine institutionelle Ordnung zurückzugeben. Wie erwähnt waren die Wahlen mehrmals verschoben worden, da eine Wiedereroberung des malischen Nordens als prioritär angesehen wurde.

Nach der Wiederherstellung der territorialen Integrität durch die französisch-afrikanische Militärintervention kam es angesichts der MNLA-Weigerung, Wahlen auch in der Region von Kidal durchzuführen, erneut zu deren Verschiebung. Zudem musste zunächst der Status der seinerzeitigen Putschisten geklärt werden, um das politische Klima zu befrieden. Insofern stellt das Abkommen von Ouagadougou schließlich einen Kompromiss dar.

Am 27. Mai 2013 wurde das Wahlgesetz verabschiedet, das die Durchführung der Präsidentschaftswahlen in Mali sowie in dessen diplomatischen und konsularischen Vertretungen im ersten Wahlgang für den 28. Juli 2013 und einen eventuellen zweiten Wahlgang für den 11. August 2013 vorsah. Die Ereignisse überstürzten sich bis zum 29. Juni 2013, als der Verfassungsrat die gültigen Kandidaturen für das Präsidentenamt bekanntgab: Von 36 Kandidaturen wurden acht abgelehnt.

Organisationsmängel und logistische Probleme haben die Abstimmung in den Regionen und der malischen Diaspora, vor allem in Frankreich, überschattet.

Am 7. Juli 2013 begann in diesem schwierigen politischen Klima der Wahlkampf, der es den Kandidaten ermöglichte, sich der Bevölkerung vorzustellen. Der erste Wahlgang verlief transparent und ohne nennenswerte Zwischenfälle, wengleich auch Organisationsmängel und logistische Probleme in manchen Wahlbüros die Abstimmung in den Regionen und der malischen Diaspora, vor allem in Frankreich, überschattet haben.

Beide Favoriten, Ibrahim Boubacar Keïta (IBK) und Soumaïla Cissé, waren einst Mitbegründer der größten politischen Partei Malis, der Allianz für die Demokratie Malis (ADEMA), gewesen. Bei den ersten Hochrechnungen lag IBK weit vorn. Cissé widersprach dem Ergebnis unter Berufung auf zahlreiche Organisationsmängel und beklagte Wahlbetrug. Keïta rief seine Parteigänger zur Ruhe auf und sprach sich gegen jedwede Demonstration bis zur Bekanntgabe der endgültigen Ergebnisse aus. Diese sahen wie folgt aus: IBK erhielt demnach 39,79 Prozent der Stimmen, gefolgt von Soumaïla Cissé mit 19,70 Prozent, bei einer in der Geschichte der Präsidentschaftswahlen in Mali bisher unerreichten Wahlbeteiligung von 49,98 Prozent. Ein zweiter Wahlgang war unumgänglich, auch wenn der Minister für Territorialverwaltung in einer Äußerung, die die politische Klasse zu entzweien drohte, das Gegenteil behauptet hatte. Der entsprechende Wahlkampf wurde auf 48 Stunden begrenzt, zudem war die Mobilisierung angesichts der Feier des Aïd el Fitr (Ende des Ramadan) vergleichsweise gering. So sank auch die Wahlbeteiligung am 11. August auf 45,78 Prozent.

Ein zweiter Wahlgang war unumgänglich, auch wenn der Minister für Territorialverwaltung in einer Äußerung, die die politische Klasse zu entzweien drohte, das Gegenteil behauptet hatte.

Die Mehrheit der zuvor erfolglosen Kandidaten unterstützte nunmehr IBK, der mit großem Abstand als Favorit in die Wahlen ging. Als am 12. August die ersten Hochrechnungen IBK als Sieger bekannt gaben, stattete der geschlagene Soumaïla Cissé seinem Rivalen zur allgemeinen Überraschung einen Hausbesuch ab und gratulierte ihm zum Erfolg. Die offizielle Bekanntgabe der Ergebnisse am 15. August 2013 bestätigte die Prognosen im Sinne eines klaren Wahlsiegers IBK (77,6 Prozent der Stimmen gegen 22,4 Prozent für Cissé).

HERAUSFORDERUNGEN FÜR DEN NEUEN PRÄSIDENTEN

Mit dem Abschluss der Wahlen ist ein wichtiger Schritt getan. Doch die Herausforderungen, die auf den neuen Präsidenten warten, sind beachtlich. Dessen Hauptanliegen, die Sicherheitslage, verlangt insbesondere eine Reform der malischen Armee und einer regionalen Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus und Drogenhandel. Eine Reform der Institutionen Malis, die das Fortbestehen des mit zahlreichen Mängeln behafteten demokratischen Systems nicht

hatten garantieren können, ist nach Ansicht zahlreicher Akteure des politischen Lebens unumgänglich. Für sie ist der Kampf gegen Korruption und Günstlingswirtschaft in der Verwaltung eine Vorbedingung für die Aussöhnung des malischen Volkes mittels einer „Dialogkultur“, so wie auch in Artikel 3 des Abkommens von Ouagadougou dargelegt. Eine der größten Herausforderungen für den neugewählten Präsidenten Keïta liegt zweifellos in der Frage des ungeklärten Status Kidals.



Vor großen Herausforderungen: Präsident Keïta nimmt nach seiner Vereidigung Glückwünsche entgegen. | Quelle: Mali Buzz, flickr ©①②.

Neben den rein sicherheitsbezogenen und politischen Fragen muss auch die seit dem Beginn der Krise desolante Wirtschaft Malis mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft wieder in Gang gebracht werden. Nach Ansicht des Senegalesen Birama Fall² wird IBK nicht nur mit den verheerenden Folgen des Staatsstreichs im März 2012 und der anschließenden Besetzung des Norden durch die Terroristengruppen zu kämpfen haben, sondern auch mit der keineswegs rühmlichen Bilanz der Übergangsregierung. Hinzu kommen die Auswirkungen der in der Regierungszeit ATT begangenen Fehler, die der Autorität und Glaubwürdigkeit des Staates nachhaltig geschadet haben. Die Herausforderungen, die auf IBK warten, sind somit beachtlich.

2 | Birama Fall, „IBK, Président: Les défis et attentes“, *Le Prétoire*, 29.09.2013, <http://maliweb.net/news/politique/2013/08/29/article,166615.html> [31.10.2013].

Neben der Umsetzung des Abkommens und der Neugestaltung des Staats drängt auch die Wiederherstellung eines größeren Maßes an Disziplin innerhalb der Streit- und Sicherheitskräfte. Seit Jahren leidet die malische Bevölkerung unter den Auswirkungen von Disziplinmangel und Gehorsamsverweigerung sowie unter schwerwiegenden Ausschreitungen von Mitgliedern der Armee und der Sicherheitskräfte gegenüber der Zivilbevölkerung. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, dass die Ernennung des Putschisten Sanogo zum General von der Armee keineswegs einstimmig begrüßt wurde. In den diversen Armeecorps sind Disziplinlosigkeit und Missachtung der Hierarchie an der Tagesordnung. Die extreme Politisierung der Truppen, vor allem der Garnison von Kati³ und zahlreicher Mitglieder sehr aktiver Polizeigewerkschaften, haben hunderte Uniformierte in Anarchie und Gesetzlosigkeit abdriften lassen. Um die Neugründung der Armee, der Gendarmerie und der Polizei Malis effizient zu forcieren, benötigen die Verteidigungs- und Sicherheitskräfte entsprechend Mittel und Personal.

Ferner drängen die Wiederbelebung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie die Stärkung der Einheit des Landes. Auch nach der Wahl ist das Land noch tief gespalten zwischen Putschanhängern und -gegnern, zwischen weltlichen und klerikalen Entscheidungsträgern, zwischen den diversen, sich unversöhnlich gegenüber stehenden Gemeinschaften. In der Armee ihrerseits stehen sich Gesetzestreue und Aufständische gegenüber, die politische Klasse ist stark geschwächt und hat wegen ihrer wechselhaften Positionierung und ihres Mangels an Führungskompetenz weitgehend an Achtung verloren – ein Ende der Probleme ist somit nicht absehbar. IBK sollte daher eine Politik betreiben, die auf die Motivierung aller Gesellschaftsgruppen abzielt und somit der malischen Bevölkerung insgesamt neue Dynamik verleiht: Geht es doch um die Stärkung des Wunsches, gemeinsam, unter Einbeziehung der soziokulturellen Werte, die Malis nationales Fundament darstellen, das Leben zu gestalten und Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln.

3 | Kati, 15 Kilometer entfernt von Bamako, ist eine Garnisonsstadt und das Hauptquartier des Helden des Staatsstreichs vom 22. März 2012, Amadou Haya Sanogo.

Essenziell für das Land ist zudem, die staatliche Autorität und Verwaltung im Norden neu zu etablieren. Besonders in den dortigen marginalisierten Regionen haben bisherige Entwicklungsprogramme kaum zu nennenswerten Ergebnissen geführt. Der relative Erfolg der radikalen Islamisten des Nordens ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass sie die Religion als Alternative gegenüber einem unfähigen und korrupten Staat anboten. Der Islam wurde als Quelle der Moral und Gerechtigkeit dargestellt, die der Staat den Menschen im Norden seit Jahren nicht mehr bieten konnte. Manche Beobachter haben die „übertrieben häufige“ Bezugnahme auf religiöse Themen und Inhalte während der Wahlkampagne und sogar in der Antrittsrede IBKs bemängelt. Dies ist auch dadurch erklärbar, dass seine Kandidatur und seine Kampagne teilweise von mehr als hundert in der „Sebati“-Bewegung organisierten islamischen Vereinen unterstützt und finanziert wurden. Diese Bewegung steht dem Imam Diko nahe, dem wahhabitischen Doktrinär des Hohen Islamischen Rats von Mali.

Jenseits aller Symbole und Absichtserklärungen ist es wichtig, die Bedürfnisse der Bevölkerungsgruppen des Nordens zu berücksichtigen, ohne die nationale Einheit zu gefährden. Die Dezentralisierung muss effektiv sein, die eingesetzten Mittel müssen sinnvoll verwendet werden. Der Staat muss die Führungskräfte aus den Madrasas achten und den Absolventen islamischer Universitäten Karriere-möglichkeiten bieten, um Unzufriedenheit und Frustration vorzubeugen, die sich die salafistischen oder radikalen Bewegungen zu Nutze machen könnten. In der Tat bilden die in den arabischen Ländern ausgebildeten Eliten einen potenziellen Rekrutierungspool für die Dschihadisten.

Der Kampf gegen den Terrorismus und allgemeine Sicherheitsfragen müssen auf regionaler Ebene behandelt werden.

Aufgabe des neuen Präsidenten ist es nun, die Dinge ins Lot zu bringen, indem er die allgemeine Verbindlichkeit bestimmter Grundsätze für Staatsbürger und Staatsvertreter gleichermaßen hervorhebt. Auf westafrikanischer Ebene: Die meisten aktuellen Herausforderungen richten sich an den malischen Staat als ersten Betroffenen, jedoch muss auch die ECOWAS verantwortlich handeln, vor allem angesichts der durchlässigen Grenzen und der somit quasi unkontrollierbaren transnationalen Bewegungen. Der Kampf gegen den Terrorismus und allgemeine Sicherheitsfragen

müssen auf regionaler Ebene behandelt werden. Denn kein Staat, sei er noch so mächtig, kann den Kampf um die Sicherheit im Alleingang gewinnen.

SCHLUSSBEMERKUNG

Die Präsidentschaftswahlen in Mali waren unumgänglich als Voraussetzung zur Lösung einer politischen Krise, die als Sicherheitskrise begonnen hatte. Die Verflechtung innenpolitischer und sicherheitspolitischer Dimensionen dieser Krise hat deren Lösung erschwert – und sie ist noch nicht beendet. Der erfolgreich durchgeführte Wahlvorgang war nur ein wichtiger Schritt in einem Übergangsprozess.

Während sich auch die internationale Gemeinschaft angesichts des positiven Wahlverlaufs zufrieden zeigt, bleibt die heikle Frage der Tuareg ungelöst. Auf Präsident IBK, der ein ausgeblutetes Land am Rand des wirtschaftlichen Bankrotts übernommen hat, wartet nicht zuletzt die Aufgabe, die Staatsgewalt auf dem ganzen Territorium wiederherzustellen. Eben diese Herausforderung wird umso deutlicher angesichts der jüngsten Zusammenstöße zwischen Mitgliedern der MNLA und der malischen Armee am 11. September 2013. Der religiöse Radikalismus könnte erneut ausbrechen, wenn die Wirtschaftsentwicklung nicht positiv verläuft und Hoffnung auf ein Ende von massenhafter Jugendarbeitslosigkeit und sozialem Elend gibt – zwei Ursachen für politische Gewalt und Terrorismus.

Der Artikel wurde aus dem Französischen übersetzt.